



Niederschrift

34. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 12.12.2006
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Krause, Siegmар	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE. PDS	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	
Frau Blume, Marie	SPD	
Frau Geywitz, Klara	SPD	Sitzungsleitung
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab TOP 3 (18:20 Uhr)
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	anwesend ab TOP 3 (18:10 Uhr)
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Frau Grimm, Ute	Die Andere	
Herr Anton, Torsten	DIE LINKE. PDS	
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat	
Frau Busch, Jutta	DIE LINKE. PDS	
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Puschmann, Wolfgang	Seniorenbeirat	

Nicht anwesend sind:

Frau Gerber, Heiderose	Die Andere	entschuldigt
Frau Basekow, Angela	SPD	entschuldigt
Frau Bluhm, Regina	SPD	entschuldigt
Herr Jutzi, Jörg	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Nowak, Benedikt	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 14.11.2006

- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben durch Vermittlung der PAGA
- 4 Barrierefreies Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0805
Oberbürgermeister, GB 3, 1, 4 und Behindertenbeauftragter
- Wiedervorlage –
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Geywitz.

Zu Beginn der Sitzung sind 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 14.11.2006

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Müller informiert, dass in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat und dem Gehörlosenverband der Bedarf an Gebärdensprachendolmetscher beim Gehörlosenverband angegliedert wird. Der Gesamtbedarf an Honorarkosten in Höhe von ca. 1.800,00 Euro für 2007 wird aus dem Haushalt des Fachbereiches Soziales, Gesundheit und Umwelt für finanziert.

Frau Müller verweist auf die durch die Stadtverordnetenversammlung am 06.12.2006 mit großer Mehrheit beschlossene Dringlichkeitsvorlage zum Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB XII.

zu 3 **Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben durch Vermittlung der PAGA**

Frau Geywitz verweist auf eine Gesprächsrunde des Behindertenbeirates hin, in der die Vermittlung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt auch Thema war.

Frau Müller erklärt, dass die PAGA mit der Agentur eine Vereinbarung geschlossen hat, um die Integration von Menschen mit Behinderungen in Arbeit auch nach Gründung der PAGA, d.h. nach dem 1.1.2005 weiterhin qualifiziert sicherstellen zu können.

Der bei der Agentur angesiedelte Fachdienst für Rehabilitanden ist auch für die Kunden der PAGA zuständig.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Integration dieses Personenkreises in den Arbeitsmarkt im Vergleichszeitraum November 2005 zu November 2006 befriedigend bis gut erfolgt ist. Im November 2006 befanden sich 274 Personen in der Betreuung der PAGA. Die Zahl der von der PAGA zu Betreuenden hat sich gegenüber dem Vorjahresmonat also insgesamt absolut um 31 reduziert, d.h. ca. 10 %.

Bei der Vermittlung von schwerbehinderten Menschen unter 25 Jahren in den ersten Arbeitsmarkt erfolgt eine volle Beteiligung an den Programmen im Rahmen des Regionalbudgets.

Bei konkreten Situationen von einzelnen Menschen erfolgt immer die Zusammenarbeit zwischen Fallmanager und Behindertenfachdienst.

Ihr sind keine Klagen von Menschen mit Behinderung bekannt, dass diese sich nicht ausreichend betreut und beraten fühlen.

Frau Janßen (Integrationsfachdienst) macht deutlich, dass es eine bewährte Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit gibt.

Im Arbeitgeberservice werden Entscheidungen getroffen, ohne den Menschen mit Behinderung gesehen zu haben. Hier ist es erforderlich, dass bei jedem Einzelfall ein konkretes Gespräch mit dem Fallmanager geführt wird.

Sie bittet, hier einen Nachteilsausgleich für die Menschen mit Behinderung zu finden. Auch wäre ein Ansprechpartner der PAGA hier hilfreich.

Frau Janßen hat die Erfahrung gemacht, dass sich der Behindertenfachdienst der Agentur für Arbeit nicht mehr für die Menschen mit Behinderung bei Übergang dieser in ALG II zuständig fühlt.

Sie hat auch die Erfahrung gemacht, dass oft die Fallmanager der PAGA die entsprechenden Ansprechpartner bei der Agentur für Arbeit nicht kennen.

Frau Müller macht deutlich, dass dies so nicht zutrifft, da hier durch die PAGA auch anteilig Kosten erstattet werden, um den Service des Behindertenfachdienstes der Agentur für Arbeit in Anspruch zu nehmen. Sie wird dies prüfen.

Frau Schulze bittet darum, dass Herr Thomann diese Information in Form einer Rundmail an alle Mitarbeiter der PAGA weiterleitet.

Frau Müller sagt zu, sich diesbezüglich mit Herrn Thomann zu verständigen.

Herr Erker erklärt, dass er Anrufe von Fallmanagern erhalten hat, die nicht wussten, wer die Ansprechpartner der Agentur für Arbeit sind.

Frau Müller bittet Herrn Erker, zukünftig derartige Informationen an sie weiterzuleiten, um hier zügig eine Klärung zu erreichen.

Frau Janßen berichtet, dass sie heute in Vorbereitung auf die Sitzung eine Gespräch mit Herrn Bindheim geführt hat, welches auch fortgesetzt werden soll.

zu 4

Barrierefreies Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0805

Herr Erker informiert, dass zukünftig verstärkt darauf geachtet wird, dass Wahllokale barrierefrei zugänglich sein sollen.

Zum barrierefreien Ausbau von Verkehrsanlagen wird derzeit eine Prioritätenliste der umzurüstenden Ampeln erstellt, die dann nach Bedarf weiterentwickelt werden soll.

Er berichtet, dass in enger Abstimmung mit dem Bauamt darauf geachtet wird, dass bei Wohngebäuden mit mehr als vier Wohnungen auch barrierefreie Zugänge vorhanden sind.

Bei Neugestaltung von Straßen und Plätzen wird auf behindertengerechten Ausbau geachtet.

Beim ÖPNV liegen bereits Prioritätenlisten für die behindertengerechte Umgestaltung von Haltestellen vor.

Herr Bewer berichtet, dass ein behindertengerechter Fahrplan der VIP herausgegeben werden soll.

Frau Geywitz weist darauf hin, dass es zwar in Kürze keine Wahlen durchgeführt werden, aber es wird eine Befragung zum Landtagsneubau geben, bei der auch die sehbehinderten Menschen nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Herr Erker greift dies auf und sagt zu sich umgehend dafür einzusetzen, dass dies ermöglicht wird.

Frau Schulze weist darauf hin, dass der Sozialausschuss bereits vor Jahren angemahnt hat, die barrierefreien Wahllokale aufzulisten.

Aus der letzten Sitzung des Behindertenbeirates hat sie einen gewissen Unmut der Beiratsmitglieder wahrgenommen, da es beim ViP zwei Kundenbeiräte gibt, die einen gemeinsamen Diskussionsbedarf haben. Dies betrifft die behinderten sowie auch die älteren Menschen.

Frau Paulsen hat beobachtet, dass die Gehwegfreihaltung in der Nähe von Pflegeheimen oft nicht gewährleistet ist. Oft sind die abgesenkten Bordsteine zugeparkt, so dass die älteren Menschen und insbesondere die Rollstuhlfahrer keine Möglichkeit haben, die Straße zu überqueren. Sie fragt, ob die Stadtverwaltung hier darauf achtet.

Frau Dr. Lotz weist auf die Gehwege hin, auf denen auch ältere Menschen aufgrund der sehr unebenen Gehwegplatten stolpern und auch fallen können. Sie macht auch deutlich, dass es nur einen Kundenbeirat beim ViP geben sollte, in dem die älteren sowie die Menschen mit Behinderungen vertreten sind.

Frau Dr. Müller fragt, wie hoch der Bedarf an behindertengerechten Wohnungen ist.

Sie weist darauf hin, dass für den behindertengerechten Ausbau von Haltestellen bei den Planungen für 2007 keine Mittel im Haushalt eingestellt sind.

Herr Erker informiert, dass im Bereich Statistik und Wahlen eine Liste der behindertengerechten Wahllokale vorliegt.

Frau Müller erklärt, dass sie den Bedarf an behindertengerechten Wohnungen nicht beziffern. Ihr ist aber bekannt, dass es für behindertengerechten Wohnraum Wartelisten gibt.

Sie weist aber darauf hin, dass es über eine Pflegeversicherung eine Möglichkeit der behindertengerechten Anpassung der Wohnung gibt. Diese entscheidet je nach Einzelfallnotwendigkeit.

Herr Ernst sagt zu dies zu prüfen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zu informieren.

Frau Müller macht deutlich, dass ihr die Kosten für die in der Prioritätenliste aufgeführten Maßnahmen nicht vorliegen, dies muss vom Geschäftsbereich 4 abgefragt werden, um in der nächsten Sitzung informieren zu können.

Frau Geywitz bittet, dass zur Beratung im Zusammenhang mit dem Haushalt diese Dinge aufgenommen und Frau Dr. von Kuick-Frenz eingeladen werden sollte.

Frau Paulsen fragt, ob und wie nachträglich behindertengerechte Ausstattungen von Wohnungen wie z.B. Badeinrichtungen erfasst werden und wer die Kosten dafür trägt.

Frau Müller erklärt, dass diese Wohnraumanpassungsmaßnahmen durch die Pflegeversicherungen finanziert werden und immer im Einzelfall entschieden werden. Diese Maßnahmen müssen mit den Wohnungsunternehmen/-eigentümer abgestimmt werden. In der Regel erfolgt hier die Zustimmung. Bei großen Umbaumaßnahmen von Wohnungsunternehmen muss ein Teil der Wohnungen behindertengerecht ausgebaut werden.

Frau Busch fragt, ob bereits Gespräche zu Nachrüstung von Bussen und Straßenbahnen mit Sicherheitsgurten für Rollstuhlfahrer geführt wurden.

Herr Erker wird dies aufnehmen und ansprechen.

zu 5

Oberbürgermeister, GB 3, 1, 4 und Behindertenbeauftragter
- Wiedervorlage -

Sonstiges

Herr Krause verweist auf einen durch ihn angesprochenen Einzelfall und betont, dass die darauf von Herrn Thomann gegebene Antwort nicht zutreffend war.

Herr Bewer weist darauf hin, dass Post und Kurierdienste auch oft behindertengerechte Zugänge auf Gehwegen zaparken.

Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 16. Januar 2007; 18:00 Uhr

Klara Geywitz
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Protokoll